

Was uns stark macht: Ideen, Vielfalt, Solidarität.

Zeitung zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2016
für die Stadt Magdeburg

DIE LINKE.



Gysi kommt

Wahlkampfabschluss am
11. März, 16 Uhr, CinemaxX
im Charlottencenter, Halle
www.dielinke-sachsen-anhalt.de



Post von Bodo Ramelow an Wulf Gallert

»Du willst das, und Du kannst
das, davon bin ich fest
überzeugt.« **Seite 2**

Für eine starke Stadt Magdeburg!

Unsere Kandidatinnen und
Kandidaten. Unsere Ideen.
Unsere Ziele. **Seite 3 bis 6**

Ich kann. Ich will. Ich werde.

1963 in Havelberg geboren, dort aufgewachsen und der Stadt bis heute verbunden. In Magdeburg und Leipzig studiert, Lehrer geworden, später noch Politikwissenschaften in Magdeburg studiert, in Havelberg ein Jugendzentrum geleitet. Immer politisch gedacht und gehandelt, 1990 mit dem Satz »Jetzt erst recht« politisch aktiv geworden. Erfahrungen in der Kommunalpolitik in Havelberg und Stendal gesammelt und 1994 Landtagsabgeordneter der PDS geworden. Als Parlamentarischer Geschäftsführer acht Jahre lang das Magdeburger Modell mitgestaltet. Dabei gelernt, wie man einen politischen Interessensausgleich herstellt, millionenschwere Landeshaushalte verhandelt, Tabus bricht und an deren Stelle Neues setzt. 2004 Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE geworden. Op-

position so verstanden und ausgeübt: etwas für die Menschen im Land durchsetzen, ohne die Macht zu haben. Kluge und gute Vorschläge unterbreitet, die sich an den Bedürfnissen und Hoffnungen der Bürgerinnen und Bürger orientieren. Immer Politik für Menschen gemacht und für ein Land, das diesen Menschen mehr als Aufenthaltsort sein soll.

Dieser Mann will und kann Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt werden. Warum sollte man ihn wählen?

Weil er eine Idee hat

»Wir wollen im Land eine gute Lebensqualität für alle erreichen, die heute und in Zukunft hier leben wollen. Wir werden eine innovative Wirtschaft entwickeln, die durch gute Arbeit und Kreativität gekennzeichnet

ist. Wir werden soziale Gerechtigkeit herstellen und Vorreiter einer inklusiven Gesellschaft mit einem beispielhaften Bildungssystem sein. Wir werden für die Städte und die ländlichen Regionen eine Perspektive erarbeiten.«

Weil er Mut zur Umkehr hat

»Der Staat hat sich aus seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge zurückgezogen, stattdessen einseitig auf schnelle Schuldentilgung orientiert. Wir werden den Abbau öffentlicher Leistungen stoppen und umkehren. Schrumpfungspolitik ist keine Lösung, weil sie die menschlichen und unternehmerischen Potenziale aus dem Land vertreibt. Auch für uns soll Neuverschuldung kein Thema sein. Aber einem Land, das in den vergangenen zehn Jahren nur zwei Prozent Wirtschafts-

wachstum aufweisen kann, fehlt es offensichtlich an Kompetenz. Wir können Wirtschaft und werden das unter Beweis stellen.«

Weil er klare Ansagen macht

»Wir beenden die Strategie des Billiglohndes und werden uns für Flächentarife und Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben starkmachen und Gewerkschaften unterstützen. Wir stehen für Förderung des Wirtschaftsstandortes statt Subventionierung einzelner Unternehmen. Wir werden die Kommunen stärken, statt sie auszuhungern und am Gängelband zu führen. Wir wollen die Macht, um den Kommunen Gestaltungsspielraum zu geben.«

Wulf Gallert ist bereit für den politischen Wechsel. Und dieser politische Wechsel wird die Stagnation beenden.



Hass aus Bequemlichkeit

Gespräch mit den Theatermachern Matthias Brenner und André Bückler über die Kraft des Widerstandes, den Wert von Kultur und den Umgang mit Menschen in Not. **Seite 7**



Kurswechsel für gute Bildung!

Ein Plädoyer von
Thomas Lippmann und
Matthias Höhn. **Seite 8**

Den Wirtschaftsstandort fördern!



Zwei Parlamentarische Untersuchungsausschüsse befassen sich zurzeit im Landtag mit fragwürdigen Praktiken bei der Vergabe von Fördermitteln. Eine der wesentlichen Ursachen für die Fördermittelskandale ist das Fehlen wirklicher Strategien, wohin sich unser Land entwickeln soll. DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt formuliert schon seit Jahren ihr politisches Ziel, den Wirtschaftsstandort zu fördern statt Unternehmen zu subventionieren.

Bei einem Gespräch, das ich kürzlich mit Unternehmern in Bitterfeld führte, brachte es der Inhaber von drei Einzelhandelsgeschäften auf den Punkt: »60 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Fördermittel flossen in den letzten Jahren an ganze 20 Antragsteller. Diese Fördermittel unterstützen die Großen, die in Konkurrenz zu den Kleineren stehen. Nehmen Sie lieber das ganze Geld und stecken es in eine kostenfreie Kinderbetreuung und Ausbil-

dung, dann haben wir alle mehr davon.« Sicher, Fördermittel lassen sich nicht einfach anders verwenden, aber die Botschaft ist: Ohne Bildungsgerechtigkeit, ohne ausreichendes Personal in der öffentlichen Verwaltung, in Schulen und bei der Polizei, ohne attraktive Kulturangebote, ohne öffentlichen Personennahverkehr, ohne Breitband wird sich die Wirtschaft Sachsen-Anhalts nicht vom Fleck bewegen.

Wulf Gallert

PREISRÄTSEL

Eine Reise ins Europäische Parlament, ein Besuch des Deutschen Bundestages und ein Wochenende zu zweit in Thüringen zu gewinnen.
Letzte Seite

Argumente gegen Vorurteile

»Schule marode, Straßen kaputt, Schwimmbad geschlossen: Seit Jahren kein Geld in der Stadt, und jetzt sollen noch Flüchtlinge integriert werden?«
 Es stimmt, in vielen Städten und Gemeinden verrottet die öffentliche Infrastruktur. Seit Jahren wird nicht mehr ausreichend investiert. Doch das hat nichts mit den Flüchtlingen zu tun. Dass die Kassen vieler Kommunen leer sind, ist geradezu unvermeidlich, wenn Steuern für Reiche und Konzerne gesenkt werden und Steuerflucht nicht wirksam bekämpft wird. Wir sagen: Den Luxus, die wirklich Reichen nicht steuerlich an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen, können wir uns nicht länger leisten.

»Die meisten fliehen gar nicht vor Krieg, sondern sind Wirtschaftsflüchtlinge, die es auf unsere Sozialleistungen abgesehen haben.«
 Nach wie vor sind Terror, Krieg, Verfolgung die häufigsten Fluchtursachen. Fluchtrouten sind meistens sehr gefährlich. Niemand nimmt dieses Risiko nur deshalb auf sich, um hier Sozialhilfe zu beziehen. Flüchtlinge aus den Balkanstaaten sind sehr häufig Sinti und Roma. Zu ihnen sagt der Europarat: »Sie leben in extremer Armut. Dinge, die andere Menschen für selbstverständlich halten, werden ihnen verweigert: Schul- oder Arztbesuch, Arbeit, angemessener Wohnraum.« Sie sind rassistischer Verfolgung ausgesetzt. Die Bundesregierung hat im Herbst weitere Balkanländer als sicher eingestuft, unter anderem den Kosovo. Der ist so sicher, dass dort noch immer die Bundeswehr vor Ort sein muss.

»Flüchtlinge bekommen so viel Geld, dass sie sich sogar Smartphones leisten können.«
 Flüchtlinge erhalten nach der Erstaufnahme bis zum 15. Aufenthaltmonat mit 287 Euro deutlich weniger als Hartz IV. Handys werden häufig bereits mitgebracht und sind für Flüchtlinge kein Symbol für Wohlstand, sondern oft das einzige Mittel, um zum Beispiel mit der Familie zu Hause in Kontakt zu bleiben oder mit Familienmitgliedern, die auf der Flucht an unterschiedlichen Orten gestrandet sind.

»Wer soll denn die Versorgung all der Flüchtlinge bezahlen?«
 Zehn Milliarden wird die Bundesregierung bis zum Ende des Jahres 2016 für Flüchtlingspolitik ausgeben. Rund 317 Milliarden Euro im Jahr betragen die Ausgaben der Bundesrepublik 2016 insgesamt. Gleichzeitig entgehen dem Staat jährlich rund 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht. Eine Steuer auf Vermögen über 1 Million Euro würde den öffentlichen Kassen 80 Milliarden Euro Einnahmen bringen, damit wäre ein Sofortprogramm in Höhe von 25 Milliarden Euro finanzierbar.



Europa muss helfen. Wir müssen helfen!

Bevor die Menschen kamen, sah man die Bilder. Zehntausende Jesiden bangten im Sommer 2014 um ihr Leben und drohten, im Sindschar-Gebirge zu verdursteten und zu verhungern. Dschihadisten zerstörten die Stätten des Weltkulturerbes aus vorislamischer Zeit. Um die kurdische Stadt Kobanê begann ein erbitterter Kampf. Doch erst einen Sommer später erreichte der Krieg wirklich Europa. Mit der Zahl der Flüchtlinge werden die Verheerungen in Syrien und im Irak wirklich klar. Tausende sind jetzt auf gefährlichen Wegen auf der Flucht. Sie suchen endlich Sicherheit und einen friedlichen Alltag, nach Monaten oder gar Jahren in Flüchtlingslagern,

ohne Perspektive für ein neues Leben, ohne Schule für ihre Kinder, ohne die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Europa muss helfen. Wir müssen helfen. Dies sehen zum Glück viele Menschen in Deutschland genauso. Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbände leisten mit großem Engagement dringend notwendige Arbeit. Wir meinen aber auch, staatliche und ehrenamtliche Hilfe muss besser koordiniert werden. Statt aufwändiger »Asylgipfel« sollte eine »Ständige migrationspolitische Konferenz« eingerichtet werden, in der Fachleute und Ehrenamt, migrantische Selbstorganisationen und staatliche

Strukturen verzahnt werden. Gesellschaft verändert sich – auch durch Zuwanderung und auch in Sachsen-Anhalt. Erstmals seit vielen Jahren kommen mehr Menschen ins Land als fortgehen. Das ist durchaus eine Chance. Und die wollen wir nutzen. Die Menschenrechte sind universell, sie gelten für jede und jeden. Willkommenskultur muss für alle da sein – wer als Asylbewerber ausgegrenzt wird, fühlt sich auch als Asylberechtigter nicht willkommen. Dezentrale Unterbringung in Wohnungen bleibt für uns ein wichtiges Ziel. In der momentanen Situation sollte dabei unser Augenmerk auf besonders Schutzbedürftige wie allein reisende Frauen und

Kinder gerichtet sein. Den Alltag der Geflüchteten wollen wir entbürokratisieren, dazu gehören die Einführung der Gesundheitskarte und Servicestellen für Integration in den kommunalen Verwaltungen. DIE LINKE steht an der Seite aller Mutigen und Engagierten und für eine Willkommenskultur. Rassistische Angriffe und Diskriminierung müssen konsequent verfolgt und geahndet werden. Gehen Sie wählen und verhindern Sie mit Ihrer Wahl den Einzug rassistischer und rechtspopulistischer Parteien in den Landtag! Angstmache und Vorurteile brauchen nicht auch noch die Bühne des Parlaments zu ihrer Verbreitung.



Lieber Wulf,

in ein paar Wochen wird in Sachsen-Anhalt ein neuer Landtag gewählt. Du bist im April 2015 von Deinem Landesverband als Ministerpräsidentenkandidat nominiert worden, und inzwischen läuft der Wahlkampf auf vollen Touren. Dein Terminkalender wird überquellen, der Tag ist eigentlich immer zu kurz, die Nacht sowieso. Wir kennen das beide, und wir wissen voneinander, dass wir die Kraft für solche Herausforderungen haben.

Übers Regieren muss ich Dir nichts erzählen, Du weißt, wie es ist, Verantwortung für die Entwicklung des Landes zu tragen. Das »Magdeburger Modell«, die Tolerierung einer SPD-geführten Minderheitsregierung durch die PDS, war 1994 für die einen eine Sensation, für die anderen ein Skandal. Die Zusammenarbeit hat acht Jahre lang gute Politik für Sachsen-Anhalt hervorgebracht. Und diese Zeit hat Dich nachhaltig geprägt.

Du weißt, regieren ist kein Selbstzweck, sondern es geht immer um konkrete Verbesserungen für die Menschen im Land. In Sachsen-Anhalt beginnt nun der Prozess, den wir in Thüringen bereits erfolgreich umgesetzt haben. Bevor unsere rot-rot-grüne Koalition die Arbeit aufgenommen hat, gab es vor allem in den Medien viele Debatten. Viele wollten uns erzählen, dass das nicht geht, etwas Neues anzufangen, weil noch nie ein Dreierbündnis erfolgreich regiert habe. Inzwischen haben wir erfolgreich das Gegenteil bewiesen. Rot-Rot-Grün in Thüringen hat gezeigt, dass unsere drei Parteien sehr

gut zusammenarbeiten können. Und bei allem Stolz auf unseren schönen Freistaat möchte ich behaupten: Was Thüringen kann, kann Sachsen-Anhalt auch!

Wir haben in Thüringen viele wichtige Reformprojekte umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Nach jahrelangen Debatten hat Thüringen endlich ein Bildungsfreistellungsgesetz, wir haben den Verfassungsschutz reformiert, solidarische Haushalte ohne neue Schulden aufgestellt und wie versprochen im ersten Jahr 500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Auch Ihr habt vor, die Bildung zu stärken, schon zum Schuljahr 2016/17 mindestens 350 neue Lehrkräfte einzustellen und auf gar keinen Fall weitere Stellen abzubauen. Bildung ist eine richtige und wichtige Investition in die Zukunft, die sich auszahlt!

Lieber Wulf, Ministerpräsident ist kein Job wie jeder andere, man muss das leben. Du willst das, und Du kannst das, davon bin ich fest überzeugt.

Dein Bodo Ramelow

Links. Mit Herz und Verstand.



Liebe Magdeburgerinnen und Magdeburger, liebe Nachbarinnen und Nachbarn,

am 13. März 2016 wählt Sachsen-Anhalt einen neuen Landtag. Auch Sie sind aufgerufen, zur Wahl zu gehen und mitzuentcheiden, wie wir unser Bundes-

land künftig gestalten wollen. Ich trete ein für ein lebens- und liebenswertes Sachsen-Anhalt, das allen Menschen soziale Sicherheit, Arbeit und Perspektiven bietet. Ein Land, in dem Sie, Ihre Familien, Freundinnen und Freunde gerne leben. Deshalb mache ich mich stark

für sichere Arbeitsplätze und angemessene Löhne. Für den Abbau von Kinderarmut, weil jedes Kind wichtig ist. Für eine tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Ich möchte ein vielfältiges Sachsen-Anhalt. Ein Land, in dem die Ehe auch für gleichgeschlechtlich Liebende möglich ist. Ein Land der Willkommenskultur, in dem Zuwanderung als Chance begriffen wird. Ein Land, in dem die Menschen direkt an demokratischen Entscheidungen beteiligt sind. Und: Ich möchte ein Sachsen-Anhalt, in dem kein Platz ist für rechtsextremes Gedankengut.

Mein politischer Werdegang: Ich wurde 1976 in Magdeburg geboren und bin hier aufgewachsen. Schon in den neunziger Jahren habe ich mich im Bündnis gegen Rechts in Magdeburg engagiert.

1996 bin ich in die damalige PDS eingetreten. Seit 2002 bin ich Abgeordnete im Landtag von Sachsen-Anhalt. Ich bin stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Sachsen-Anhalt, Mitglied im Ausschuss für Recht und Verfassung, im Finanzausschuss und in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Ehrenamtlich tätig bin ich als Vorsitzende im Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt e. V., im Kinderschutzbund und im Willkommensbündnis Ostelbien. Ich bin gebürtige Magdeburgerin und hänge mit Leib und Seele an unserer Stadt. Ich wohne in Olvenstedt und habe als Anwältin eine Kanzlei in Cracau. Ich bin verheiratet, habe drei Söhne und zwei schneeweiße Katzen.

Ihre Eva von Angern
(Wahlkreis 11)



Gemeinsam sind wir stark

Auf Anregung des Stadtrats und Landtagsabgeordneten Hans-Joachim Mewes fand Mitte 2015 erstmalig ein Sportforum der Sportstätten im Norden von Magdeburg statt. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Sportvereine, zum Beispiel Fortuna, TuS, Einheit, Stahl Magdeburg-Nord und Handwerk, sowie des Fachbereiches Schule und Sport der Stadt Magdeburg, der Beschäftigungsgesellschaft AQB gGmbH und der Streetworker aus dem Bereich Nord tauschte sich Hans-Joachim Mewes zu ganz unterschiedlichen Problemen der Sportvereine aus, und gemeinsam wurde auch nach Lösungen gesucht. Da ging es ebenso um die Werterhaltung von Sportanlagen wie um die Sicherung vor unbefugter und zweckentfremdeter Nutzung oder die Würdigung von ehrenamtlichem Engagement und die Bewirtschaftung der kommunalen Sportstätten mit Hilfe von AQB-Stellen. Ergebnisse der ebenso angeregten wie anregenden Diskussion flossen auch in den Sportkongress »Sportvereine im Fokus – Möglichkeiten für eine nachhaltige Vereinsentwicklung« ein, der im Juni 2015 in der Hochschule Magdeburg-Stendal stattfand.



Demokratie lebt von Ihrer Mitgestaltung!

Liebe Wählerinnen und Wähler, bei der Landtagswahl am 13. März 2016 entscheiden Sie über die Frage, wem Sie zutrauen, Ihre Interessen zu vertreten und dringend notwendige Veränderungen in Sachsen-Anhalt auf den Weg zu bringen. Wir, DIE LINKE, wollen kompetent daran arbeiten, Sachsen-Anhalt lebenswerter zu gestalten. »Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben.« Mit Ihrer Stimme haben Sie die Wahl! Ich möchte mich Ihnen gerne persönlich vorstellen. Ich bin 1954 in Oschersleben geboren, von Beruf Lehrer, verheiratet und Vater von zwei erwachsenen Kindern. Seit fast 40 Jahren wohne, lebe und arbeite ich in meinem Wahlkreis Magdeburg Nord. Ich kenne die Probleme der Bürgerinnen und Bürger, der ansässigen Sportvereine, Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Neben meiner Tätigkeit als Mitglied des Landtages und der Fraktion DIE LINKE setze ich mich als Stadtrat auch für eine

bürgerfreundliche und soziale Stadt Magdeburg ein. Durch die Kombination aus Landes- und Kommunalpolitik kann ich die Fachpolitikerinnen und -politiker des Landtages noch besser auf die Umsetzungsprobleme beschlossener Gesetze, die sich in der Stadt ergeben, aufmerksam machen.

In meinem Wahlkreis erlebe ich dabei immer wieder, dass bürgerschaftliches Engagement ein hohes Gut ist. Soziale Gerechtigkeit und Teilhabe bleiben die Basis für demokratische Beteiligung. Petitionen sind ein praktischer Beweis dafür, dass sich Menschen am politischen Leben beteiligen wollen. Mit uns sollen sie zukünftig auch online als öffentliche Petition gestellt und mitgezeichnet werden können. Auch Ausschusssitzungen des Landtages sollen öffentlich sein, denn die Menschen haben das Recht auf Transparenz politischer Entscheidungen im Parlament.

Ich möchte, dass wir in unserer Gesellschaft frei von Angst

leben können und es keine Toleranz für Neonazis und Fremdenhass gibt. Wir brauchen die Zivilgesellschaft in ihrer ganzen Breite, um die Freiheit zu verteidigen und uns solidarisch zu zeigen. Die Demokratie lebt von der aktiven Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Mein per-

sönliches Ziel ist es, mit Ihnen im ständigen Dialog zu sein und Sie durch vielfältige Maßnahmen der praktischen Demokratieförderung anzuregen, selber aktiv zu werden. Demokratie soll praktisch erfahrbar sein und damit den Weg zu mehr Partizipation öffnen. Ich möch-

te jeden Menschen ermutigen, sich in seinem eigenen Lebensumfeld in die politischen Entscheidungen einzubringen und das Leben in Sachsen-Anhalt mitzugestalten.

Ihr Hans-Joachim Mewes
(Wahlkreis 10, Magdeburg I)





Wichtig ist der Dialog, und wichtig ist, Ideen zu haben

Wulf Gallert will die künftige Landesregierung in Sachsen-Anhalt anführen, damit es ein Land zum Leben und zum Bleiben wird

Wulf Gallert tritt als Spitzenkandidat der LINKEN für die Landtagswahl am 13. März 2016 mit dem Ziel an, die künftige Landesregierung in Sachsen-Anhalt anzuführen. Seinen Wahlkreis hat er seit 2011 im Süden der Stadt Magdeburg. Auch 2016 möchte er in Magdeburg als Direktkandidat im Wahlkreis 13 für ein gutes Ergebnis kämpfen. Schließlich hat

er nicht nur seinen Arbeitsplatz in der Landeshauptstadt. Seit vielen Jahren ist ihm und seiner Familie Magdeburg Heimat geworden. Die Menschen in unserem Bundesland wollen eine Landesregierung, die alle Chancen nutzt, die Sachsen-Anhalt hat. Konkret heißt das, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, um all jenen, die derzeit dieses Land als

Pendler oder auch für immer verlassen, gut bezahlte Arbeitsplätze zu bieten. Aber zu einem Land, in dem es sich zu leben lohnt, gehören auch Schulen mit ausreichend Lehrpersonal, Theater und Versorgungseinrichtungen, die leicht zu erreichen sind. »Ein Land zum Leben. Ein Land zum Bleiben«, so ist das Wahlprogramm der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt überschrieben,

und Wulf Gallert als Spitzenkandidat steht persönlich dafür ein, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger in Sachsen-Anhalt darauf verlassen können: DIE LINKE als Regierungspartei wird engagiert und kompetent daran arbeiten, Sachsen-Anhalt lebenswerter zu gestalten.

Im Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Vereinen und Initiativen im Wahlkreis konnte Wulf Gallert viel über die Sorgen und Probleme hier vor Ort erfahren. Als Landespolitiker kann man nicht immer alle Herausforderungen stemmen. Wichtig ist ihm aber der Dialog darüber, wie man Lösungen findet. Egal, ob es um die Hauptstraße in Südost oder um die Zukunft des Verkehrslandeplatzes Magdeburg geht. Und es ist ihm auch wichtig, die Grundschule in Reform als Schulpate zu unterstützen. Als Mitglied des Bürgervereins Salbke, Westerhüsen, Fermersleben e.V. unterstützte Wulf Gallert Aktivitäten in Südost – wenn es die Zeit zuließ, auch ganz persönlich, etwa als Meister am Grill.

Gute Fahrt!

Lange hat der Stadtrat und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB), Oliver Müller, auf diesen Tag warten müssen. In Leipzig gibt es bereits seit 1997, in Dresden und Chemnitz seit 2003 und in Jena seit 2012 Fahrgastbeiräte. Jetzt also ist dieses Instrument direkter Bürgerbeteiligung auch in Magdeburg angekommen. Wer bisher sein Anliegen in der Anonymität der Beschwerdestelle der MVB versickern sah, hat nun die Möglichkeit, über das neu geschaffene ehrenamtliche Gremium an Verbesserungen mitzuwirken. DIE LINKE im Stadtrat Magdeburg freut sich darüber sehr, denn sie hat – da die Verkehrsbetriebe keinerlei Initiative zeigten – den Antrag auf einen solchen Fahrgastbeirat gestellt. Sie hätte sich zwar ein Gremium gewünscht, in dem der Fahrgast zahlenmäßig noch ein wenig stärker vertreten gewesen wäre, sieht aber der Arbeit dieses Gremiums mit großer Erwartung entgegen und hofft, dass dessen Tätigkeit in Magdeburg ebenso erfolgreich sein wird, wie es an anderen Orten unseres Landes bereits lange der Fall ist.

Zukunft für Bus und Bahn

Im November 2015 startete die Stadtratsfraktion der Magdeburger LINKEN einen ersten Diskussionsauftakt und lud Experten zum Thema »Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV)« in die Landeshauptstadt ein. Viele Bürgerinnen und Bürger zeigten sich interessiert und nahmen an dem Gedankenaustausch teil. Und schnell wurde allen Beteiligten klar, dass es noch viel Redebedarf über die Zukunft von Bus und Bahn gibt. Mit hohen Qualitätsstandards will DIE LINKE den ÖPNV gegenüber dem Individualverkehr aufwerten. Neben den im Fokus der Diskussion stehenden Themen Unpünktlichkeit und Ausfälle muss auch über Geld geredet werden. Nur ausreichend finanzierte Verkehrsbetriebe können ihrem Auftrag gerecht werden. Dabei wird das Land Sachsen-Anhalt künftig mehr in der Pflicht stehen müssen.



Für eine starke Landeshauptstadt in einem sozial gerechten Land

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler,

ein Kerngebiet des Wahlkreises 12 ist der Stadtteil Sudenburg – mein direkter Kommunalwahl- und unmittelbarer Lebensbereich. Seit 2004 bin ich Mitglied der Partei und hier zum ersten Mal zur Kommunalwahl angetreten und wurde prompt gewählt. Mittlerweile habe ich ihn zweimal gewonnen: Dafür danke ich Ihnen. In der Folgezeit habe ich durch meine unermüdete Arbeit als Stadtrat und stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Menschen hier durchaus etwas erreicht. Als langjähriger Vorsitzender der Gemeinwesenarbeitsgruppe im Stadtteil sind mir die Wünsche und Probleme der Leute nicht nur hier, sondern auch in Diesdorf, der Beimssiedlung oder in Olvenstedt und Texas bestens bekannt. Gut vertraut ist mir auch das Netzwerken. Denn ohne Partner läuft nix! Ausgangspunkt meiner bisherigen Arbeit als Stadtrat sind immer die Menschen selbst. Nun möchte ich gern, dass sich diese Haltung im Landtag von Sachsen-Anhalt mit einer starken Linksfraktion niederschlägt. Neben meinen politi-

schen Schwerpunkten Jugend, Bildung, Familie und Kultur engagiere ich mich in vielen gesellschaftlichen Bereichen: in Aufsichtsräten kommunalpolitischer Schlüsselunternehmen wie der Wohnungsbaugesellschaft, den Verkehrsbetrieben, dem Hafen und der Sparkasse sowie außerparlamentarisch als Vorsitzender des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) Magdeburg. Ich habe auf all diesen Gebieten umfangreiche Erfahrungen sammeln können, die ich

im Landtag einbringen möchte. Dafür brauche ich Ihre Stimme! Ich will mich einsetzen für ein sozial gerechtes Land mit einer starken Landeshauptstadt Magdeburg. Ein Land, in dem alle Menschen gut leben können. Ich will gegen skandalöse Kinder- und zunehmende Altersarmut kämpfen, gegen eine sich, insbesondere gegenüber Fremden, immer mehr abschottende Gesellschaft. DIE LINKE wirkt – und ich möchte gern mitwirken, fortan auch im Landtag.

Als Kind dieser Stadt 1972 geboren, ging ich hier zur Schule und absolvierte erfolgreich mein Lehramtsstudium an der Otto-von-Guericke-Universität. Zurzeit arbeite ich als Fraktionsgeschäftsführer der Linksfraktion im Magdeburger Stadtrat. Mein Leitspruch: »Die Dinge sind nie so, wie sie sind. Sie sind immer das, was man aus ihnen macht.«

Ihr Oliver Müller (Wahlkreis 12)



»Frauen verlassen ihre Heimat – weibliche Flüchtlinge in Sachsen-Anhalt«

Unter diesem Titel veranstaltete der Landesfrauenrat Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Vera – Fachstelle gegen Frauenhandel und Zwangsverheiratung in Sachsen-Anhalt – und dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung am 2. November 2015 eine Fachtagung im Roncalli-Haus Magdeburg. Der Einladung folgten viele Interessierte aus Behörden auf kommunaler und Landesebene, von verschiedenen Vereinen und Verbänden, die sich für Frauen engagieren, Studierende, Bürgerinnen und Bürger. Die Stühle reichten im großen Saal des Roncalli-Hauses nicht aus. Ein gutes Zeichen, dass so viel Interesse an Fakten, Zahlen und Hilfsmöglichkeiten besteht.

Aktuell fliehen weltweit so viele Menschen wie noch nie zuvor. Nach Angaben der UN-Flüchtlingshilfe ist die Hälfte davon weiblich. Doch nur den wenigsten von ihnen gelingt die Flucht in ein sicheres Land. Unter den Flüchtlingen, die in Deutschland ankommen, sind etwa 30 Prozent Frauen. Frauen flüchten –

wie Männer – aufgrund von Armut, Hunger, Krieg, Folter, Zerstörung der Existenzgrundlagen, mangelnder Bildung und medizinischer Versorgung. Darüber hinaus sind sie geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen wie zum Beispiel Vergewaltigung, Frauenhandel, Zwangsverheiratung, Genitalverstümmelung und Steinigung ausgesetzt. In der Diskussion ging es um die Situation der hier ankommenden Frauen und die Herausforderungen, die sich für Politik, Verwaltung und die Zivilgesellschaft ergeben.

Die Tatsache, dass Frauen zahlenmäßig den geringeren Teil der Zufluchtsuchenden bilden, darf nicht zur Rechtfertigung werden, ihnen nicht die nötige spezifische Unterstützung anzubieten. Besonderes Augenmerk ist grundsätzlich auf die geschlechtsspezifischen Fluchtgründe, Bedingungen und Bedürfnisse der Frauen und Kinder zu richten. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 sind Fluchtursachen wie

häusliche Gewalt, Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung und Ehrenmord als Verfolgungsgründe anerkannt. Auch in Deutschland führen mit dem Zuwanderungsgesetz von 2005 solche nichtstaatlichen und geschlechtsspezifischen Verfolgungen zum Schutzanspruch. Aber dies muss ermittelt und erkannt werden! Frauen, die vor und während ihrer Flucht traumatisierenden Erfahrungen ausgesetzt waren, bedürfen des besonderen Schutzes, der Hilfe, des Gehörtwerdens, der Bestärkung in ihren Fähigkeiten und der Unterstützung bei Schritten in ein selbstbestimmtes Leben. Es muss allen von Beginn an klar werden, dass sich Frauen in Deutschland auf Gleichstellung und Gewaltfreiheit berufen können, Diskriminierung und Gewalt an Frauen und Kindern unter Strafe stehen und verfolgt werden.

Wir brauchen auch in Sachsen-Anhalt ausreichend Therapieangebote und Strukturen, die den Frauen helfen. Wir benötigen geschützte Unterkünfte

und Rahmenbedingungen, die eine Retraumatisierung vermeiden, ruhige Rückzugsorte und geschützte Möglichkeiten der persönlichen Hygiene. Dafür bedarf es zudem geschulten Personals, um schutzbedürftige Personen zu identifizieren, und auch schnell einsetzende Sprach- und Orientierungskurse für Frauen – unter Umständen mit Absicherung einer Kinderbetreuung.

Die Fachtagung sollte vor allem Denkanstöße geben. Es ist wichtig, die besondere Problemlage der Frauen von Anfang an mitzudenken, um die Frauen auf der Suche nach einer Lebensperspektive mit unseren Möglichkeiten zu begleiten. Ich lade alle herzlich ein, dieses Engagement zu unterstützen und erinnere an den bedeutungsschweren Satz des Bundesverfassungsgerichtes: »Die Würde des Menschen ist auch migrationspolitisch nicht zu relativieren.«

Eva von Angern
Vorsitzende des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt e. V.



Kurze Beine – kurze Wege

Mit der Kindertagesstätte vor Ort verbinden viele Menschen ein wichtiges Zentrum ihres sozialen Lebens. Alle Eltern brauchen die Sicherheit, dass ihre Kinder gut betreut werden. Die Kindertagesstätten sind ein wichtiger Baustein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Für die Kinder ist die Kita aber nicht nur ein Ort des Spielens und des Lernens. Dort treffen sie Freunde und entdecken mit ihnen gemeinsam die Welt. Diese sozialen Kontakte sind ebenso wichtig wie die Wissensvermittlung. All das leistet die Kita. Darum muss die Möglichkeit einer Ganztagsbetreuung für jedes Kind Selbstverständlichkeit sein. Getreu dem Motto »Kurze Beine – kurze Wege« setzt sich DIE LINKE für den Erhalt und Ausbau der wohnortnahen Kinderbetreuung ein. Wir möchten vermeiden, dass Eltern mit ihren Kindern durch ganz Magdeburg fahren müssen, um ihren Kita-Anspruch wahrzunehmen. Und wir sagen auch: Kitaplätze können in ausreichender Zahl finanziert werden, ohne Eltern unangemessen hoch an den Kosten zu beteiligen. Man muss es nur wollen.



Frauen und Männer in Magdeburg und Sachsen-Anhalt. Gleichberechtigt. Überall.

Frauen verdienen bis zu einem Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. Bei ähnlicher Qualifikation und ähnlicher Arbeit! Und das ist noch nicht alles: Frauen sind häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen, Frauen arbeiten in den schlechter bezahlten Berufen, Frauen müssen sich häufiger mit Minijobs abfinden. Wir finden: So geht das nicht.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt tritt für die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitswelt ein. Wir

wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit. Die Höhe des Einkommens darf nicht vom Geschlecht abhängig gemacht werden.

Nach wie vor werden Frauen Opfer von Gewalt – die Übergriffe finden leider allzu oft zu Hause statt. Davor müssen Frauen und ihre Kinder geschützt werden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wird sich dafür einsetzen, dass schnell und unbürokratisch Hilfe in einem der Frauenschutzhäuser oder in Frauenschutzwohnun-

gen bereitgestellt wird. Für die Betroffenen brauchen wir Beratungs- und Therapieangebote, und zwar überall im Land.

Immer wieder geraten Frauen durch eine Schwangerschaft in große seelische Konflikte, viele stehen sogar vor der Frage, ob sie ihr Kind in einer Babyklappe abgeben sollen. Wir finden, solche Zwangslagen dürfen nicht sein.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich für schnelle und professionelle Unterstützung von Schwangeren ein.

Damit das Baby ein Grund zur Freude bleibt.

Hunderttausende Frauen im Osten leben an oder unterhalb der Armutsgrenze. Nur weil ihnen heute – nach einer Scheidung in DDR-Zeiten – kein Versorgungsausgleich für die Ehejahre zusteht. Das muss endlich ein Ende finden.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt will einen rentensteigenden Ausgleich für die DDR-Geschiedenen aus Steuermitteln finanzieren und wird sich für eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einsetzen.



Bitte unterstützen Sie uns.
DIE LINKE. Landesverband
Sachsen-Anhalt
Deutsche Bank, IBAN:
DE09 8107 0024 0118 8259 01
Verwendungszweck: SPENDE

Landespolitischen Stillstand beenden

Für einen Politikwechsel hin zu sozialer Chancengleichheit und nachhaltiger Entwicklung!



Der Stadtverband Magdeburg hat klare Ziele für die kommenden Monate und Jahre. Die verheerenden Auswirkungen des Agierens unserer amtierenden Landesregierung treten klar zutage und erfordern dringend eine Umsteuerung. Es wird zunehmend nur noch schlecht verwaltet und – zum Nachteil der Bürgerinnen und Bürger – nicht mehr zukunftsorientiert gestaltet. Überall im Land werden Strukturen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge abgebaut. Das trifft die Kultur genauso wie die Hochschulen und Universitäten, die allgemeine Bildung und Ausbildung, die Kinderbetreuung, die Freizeitgestaltung im Kinder- und Jugendbereich. Im öffentlichen Dienst betreffen die Kürzungen Lehrerinnen und Lehrer, Polizistinnen und Polizisten sowie Verwaltungsangestellte. Im ländlichen Raum trifft der Strukturabbau

die Schulen und die Gesundheitsvorsorge besonders hart. Die Konsequenz: Abwanderung junger Menschen und eine daraus resultierende Überalterung der Bevölkerung mit allen damit einhergehenden Problemen. Sachsen-Anhalt muss ein Land zum Leben und ein Land zum Bleiben werden – für ALLE Menschen!

Darum setzen wir uns für eine menschenwürdige, vor allem dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen ein. Wenn wir die Chancen nutzen wollen, die uns die Migration für das Land Sachsen-Anhalt bietet, dann müssen wir im Land selbst – in den Kommunen – ein Klima des Bleibens schaffen. All dies wird nur durch einen Politikwechsel zu realisieren sein: Mit Wulf Gallert an der Spitze einer neuen Landesregierung!

Gritt Kumar

Nicht behindert, sondern verhindert

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention findet in Sachsen-Anhalts Landeshauptstadt nicht statt

Deutschland, ein Wintermärchen – was die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention betrifft, bleibt dies wohl nicht nur auf eine Jahreszeit begrenzt. Wer pessimistisch ist, könnte sagen, dass die Realisierung mehr Zeit in Anspruch nehmen wird als die Fertigstellung des Berliner Flughafens – und läge nicht einmal so falsch damit. Nach dem Jahresbericht für 2014 von Hans-Peter Pischner, dem Magdeburger Behinderntenbeauftragten, lag der Anteil

der Schwerbehinderten in der Landeshauptstadt bei 7,5 Prozent (Vorjahr 7,4 Prozent). Nach der Bundesstatistik lebten in Deutschland 7,5 Millionen anerkannte Schwerbehinderte. Dies entspricht 9,4 Prozent der Bevölkerung. Damit liegt der Anteil der Betroffenen in Magdeburg scheinbar weit unter dem Bundesdurchschnitt. Doch dieser Schein trügt, denn der Alltagserfahrung und der demografischen Entwicklung halten diese Statistiken keine Minute stand.

Die Fehleinschätzung, so Pischner, sei leicht erklärbar: »Die Bevölkerung ist in Sachsen-Anhalt aufgrund von Abwanderung und des nach wie vor bestehenden Geburtendefizits älter und damit eigentlich stärker von Behinderungen betroffen als die anderer Bundesländer. Dafür spricht auch die hohe stationäre Pflegequote in Sachsen-Anhalt. Die geringere Zahl anerkannter schwerbehinderter Magdeburger bzw. Sachsen-Anhalter könnte aus dem Antragsverhal-

ten der Betroffenen und der restriktiven Bewilligungspraxis des Versorgungsamtes erklärt werden. Diesbezügliche Analysen oder Ländervergleiche liegen aber nicht vor.« Da drängt sich doch geradezu die Frage auf, wie ein behinderter Mensch seine Rechte geltend machen kann, wenn er erst gar nicht als solcher anerkannt wird und somit der Anspruch auf einklagbares Recht verwirkt ist.

Gritt Kumar



Rotes Sofa trifft Rote Ecke

Zwischen Politik und Privatem – Spitzenpolitiker im Gespräch



Es war genau elf Monate und vier Tage vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Im April 2015 trafen sich auf Einladung von Burkhard Lischka (Mitglied des Bundestages, SPD) und Eva von Angern (Mitglied des Landtages, DIE LINKE) die Spitzenpolitiker Dr. Ralf Stegner (stellvertretender Bundesvorsitzender der SPD) und Dr. Dietmar Bartsch (Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Bundestag) in Magdeburg zu einem rot-roten Gespräch. Zu viert wurde diskutiert, es ging viel um ein mögliches Mitte-Links-Bündnis nach der Landtagswahl. In Zeiten, in denen eine gemeinsame Regierung auf Landesebene bereits Realität geworden und dies auch auf Bundesebene zu einer realen Option geworden ist, sind solche Diskussionsrunden aktueller und im öffentlichen Interesse brisanter denn je.

Die beiden Gäste sind auf Bundesebene als politische Schwergewichte zu erleben, aber an diesem Abend wurden sie für die Besucherinnen und Besucher vor allem erleb- und greifbar. Mit kleinen Anekdoten und Einblicken in ihr Privatleben zeigten sie, dass Politikerinnen und Politiker auch nur Menschen sind. So twittert Ralf Stegner allmorgendlich seine Musikempfehlungen für den Tag – Dietmar Bartsch verbringt hingegen jede freie Minute mit seinen Enkelköttern und besucht sehr gern die Spiele der Eisbären in Berlin. »Burkhard Lischka trifft...« und »Die rote Gesprächsecke« von Eva von Angern sind traditionelle Gesprächsreihen, die an diesem Abend das erste Mal zusammentrafen. Die Besucherinnen und Besucher haben mit Sicherheit einen Machtkampf

und heiße Kontroversen erwartet – mitunter wurde dies auch zumindest verbal geboten. Dennoch hatte man den Eindruck einer harmonischen Diskussionsrunde, bei der auf beiden Seiten festgestellt wurde, dass – bei allen unterschiedlichen Ansichten – viele gemeinsame Schnittpunkte bestehen. Bei den Themen Vermögenssteuer und Lohngerechtigkeit für Männer und Frauen konnten Dietmar Bartsch und Ralf Stegner viele gemeinsame politische Zielsetzungen feststellen. Tja, und wie schaut's nun ganz konkret aus mit einem Bündnis aus LINKEN und SPD? Diese Frage ließ der Abend selbstverständlich offen. Allein die Atmosphäre aber lässt vermuten, dass nichts unmöglich und alles denkbar ist. Eine Entscheidung werden Wählerinnen und Wähler am 13. März 2016 treffen.

Hass aus Bequemlichkeit

Ein Gespräch mit Matthias Brenner, Intendant des Neuen Theaters in Halle, und André Bückner, bis 2015 Generalintendant des Anhaltischen Theaters in Dessau



2013 haben in Sachsen-Anhalt Tausende gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Kultur protestiert. Wie steht es heute um die Kultur im Lande?

André Bückner: Es ging ja nicht nur um Kunst und Kultur, es ging auch um die Bildungslandschaft, die Wissenschaft, die Hochschulen. Das ist etwas gewesen, das eine seltene Einigkeit hergestellt hat. Wenn ich mich erinnere, mit wie vielen Menschen wir hier auf dem Universitätsplatz in Halle waren, mit Studenten, Theaterleuten, Museumsleuten, Bibliotheksleuten. Und ich habe in der Zeit auch immer gesagt: Das ist der Rohstoff des Landes – Kultur, Bildung, Kunst, Wissenschaft. Das zählt auch heute noch und müsste in die Zukunft entwickelt werden. Was könnte man schaffen, wenn man diese Leute liebe und ihnen Möglichkeiten gäbe.

Matthias Brenner: Wir können es nur von zwei Seiten ändern. Es muss in der Bevölkerung eine Begehrlichkeit geben. Und es muss, wenn es einen Machtwechsel geben sollte, einen Politikwechsel, auch eine Befähigung geben, eine Atmosphäre zu schaffen, in der sich ein

Land selber am Kragen und am Hosenboden gleichzeitig aus der Scheiße ziehen kann. Da ist so viel Potenzial. Eine Stadt in dieser Größenordnung kenne ich nicht, die so ein kulturelles, künstlerisches Potenzial hat wie Halle. Das finde ich enorm spannend, aber man belässt es im Prinzip dabei und setzt die Spirale nach unten ein. Wir sind mit einem Sumpf zu vergleichen, und die Erdanziehungskraft zieht uns nach unten, da können wir machen, was wir wollen. Und wenn wir es leisten können, dagegenzuhalten, uns immer wieder miteinander herauszuziehen, dann haben wir was geschafft. Dann können wir auch duschen gehen.

Im unlängst vorgelegten Landeskulturkonzept der Fraktion DIE LINKE im Landtag Sachsen-Anhalt spielen Bildung, der Kontakt von Kindern zur Kultur eine große Rolle. Wie wichtig ist da das Theater?

André Bückner: Vor 20 Jahren hatten das die Theater noch nicht so richtig erkannt, da war von Vermittlungs- oder Bildungsarbeit kaum die Rede. Mittlerweile gibt es kein Theater mehr, das sich nicht theaterpädagogisch engagiert, rausgeht in

die Stadt, in die Schulen, aber auch ran an die Lehrer. Wir haben 2014 in Dessau in über 400 Veranstaltungen 16 000 Kinder über die theaterpädagogischen Programme erreicht. Das sind schon enorme Zahlen, besonders in Städten, in denen es viele Probleme gibt, gerade im Hinblick auf Gewaltprävention, zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechts.

Matthias Brenner: Wir hatten eine Weihnachtspremiere hier im Neuen Theater. Da sitzen die Kinder drin und begegnen als erstes einem Teufel und seinem Sohn, der geprüft wird. Und plötzlich halten die zu dem Kleinen. Die halten zu einem Teufel, die Fünfjährigen. Das ist so großartig, wie sie der ältesten Theaterfigur mit diesem Widerspruch begegnen und einen Exkurs darüber erfahren, was Ewigkeit heißt und was Eis heißt und was ein Splitter bedeutet im Herzen. Und dass die Umwelt erkalten kann, wenn man dem Teufel nicht begegnet ist, um dagegen anzutreten.

Sehr häufig wird an der Kultur gespart. Ein Vorwurf lautet, sie rechne sich nicht.

André Bückner: Kultur »rechnet« sich natürlich nie oder nur dann, wenn alle Kosten auf die Eintrittspreise umgelegt würden. Dann kostet eine Eintrittskarte 250 Euro, und dann können wir uns ja ausrechnen, wie viele Leute sich das leisten können. Das kann ja nicht die Kultur sein, die wir wollen. Öffentlich geförderte – und ich sage bewusst nicht subventionierte, sondern öffentlich geförderte – Kultur ist etwas, das im öffentlichen Interesse der Gemeinschaft ist. Diese Kultur muss eine möglichst niedrige Zugangsbeschränkung auch über die Preise haben. In London kommen Sie kostenlos in jedes Museum. Das finde ich fantastisch! Dort hat man erkannt, dass die Kultur wertvoll, ein Wert an sich ist.

Matthias Brenner: »L'art, c'est de l'argent« hat Michel Piccoli mal gesagt – Kunst ist Geld, Kunst kostet kein Geld, Kunst ist Geld. Das kannst du zum Fenster rauswerfen, es kommt in Manteltaschen wieder herein. Wenn ich mit Studenten auf dem Uni-Platz rede, weiß ich, dass die nicht alle ins Theater gehen, aber sie sind ganz wesentliche Transmitter. Dieser Uni-Platz ist eingeklammert von zwei Theaterhäusern – vom Opernhaus und von uns. Das ist ein unglaublich hohes Gut, weil es ein Thema ist. Das sind Bleibegründe in einer Region, Gründe, in einer Stadt, in einer Kommune miteinander leben zu wollen. Und da muss man aufpassen, dass man die Krankenhäuser nicht abwirt-

schafft, die Universitäten, die Kultureinrichtungen. Als letztes schließen dann die Kneipen. Das wissen die wenigsten. Und dann kann man sich nicht mal mehr kollektiv besaufen.

Das Thema Flüchtlinge polarisiert im Moment wie kein anderes und verschafft der AfD gerade im Osten enormen Zulauf. Was ist zu tun?

André Bückner: Wir müssen, um überhaupt zu irgendeiner Lösung kommen zu können, weg von dieser furchtbaren Angstkultur, die wir im Moment überall vorfinden. Mit Angst kann man nichts Konstruktives machen. Angst ist eine schlimme Waffe. Vor kurzem hieß es, man müsse Angst haben, auf den Weihnachtsmarkt zu gehen, weil sich dort eingesickerte Flüchtlinge als ISIS-Kämpfer enttarnen und in die Luft sprengen. Da wird ein Länderspiel abgesagt, und keiner weiß, warum. Man muss bei dem Flüchtlingsthema die Leute mit

geschürt. Das ist einfach Hass aus Bequemlichkeit.

Matthias Brenner: Genau deswegen sage ich ganz öffentlich: Ich bin an einem Politikwechsel in Sachsen-Anhalt interessiert. Nicht nur, weil ich hier Kultur- und Kunstschafter bin, es hat bei mir auch eine instinktive Komponente, dass wir eine Riesenchance versäumen, wenn wir das konservieren, was da ist. Da gibt es nichts zu konservieren. Es ist nämlich nicht allzu viel da. Es ist ganz viel Kredit in Lebenslust verbraucht, und es ist ein hohes Gut, ein hohes Glück, dass man neben allem Hass, den man erleben muss, mit einer empathischen Ader ausgestattet ist. Und die kann man jetzt umsetzen. Das fällt vielen schwer, ich will sie nicht kleinreden, die Konflikte, die es in den Kommunen gibt. Aber einfach zuzumachen, dichtzumachen, zu sagen, wir bauen uns noch eine Armee um Europa, das ist der Tod, und das ist der gewählte Tod, das ist der



den Alternativen konfrontieren. Gregor Gysi hat in der Bundespressekonferenz die Frage gestellt: »Was wollen Sie machen, wollen Sie die Leute alle erschießen? Das ist die zentrale Frage, darauf fällt alles zurück. Auf die Frage, ob wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen wollen, die zu uns kommen, um sich zu retten. Diese Frage müssen wir für uns klären. Und wenn es in Deutschland tatsächlich eine Mehrheit dafür gibt, dass wir an unseren Grenzen auf Menschen schießen, die vor Gewalt flüchten, dann wandere ich aus. Wer von uns erlebt denn schon eine Beeinträchtigung seines Lebens? Wer lebt denn jetzt schlechter, wo ein paar Hunderttausend Flüchtlinge da sind? Sind Lebensmittel rationiert, sind Autobahnen gesperrt worden? Wird man nicht mehr behandelt im Krankenhaus? Kriegt man sein Arbeitslosengeld nicht mehr? Nichts dergleichen! Dieses Land funktioniert. Und es würde auch mit noch mehr Menschen weiter funktionieren. Das ist doch gar nicht die Frage. Doch es wird mit Verlustängsten gespielt und Hass

bestellte Tod! Das sind Killer, die engagiert werden müssen, um andere Menschen abzudrängen, auch billigend den Tod anderer in Kauf zu nehmen. Und das bestellen wir per Scheckkarte. Wir haben überhaupt nicht so viel auf dem Konto, um das zu bestellen. Das geht einfach nicht. Und deshalb sage ich ganz klar, hier gehört ein Politikwechsel her.

Wenn die Bundesregierung nicht ernsthaft beginnt, die Fluchtursachen wirksam zu bekämpfen, die Weltprobleme ernsthaft anzugehen, werden sie täglich verschärfter zu uns kommen, bis sie unbeherrschbar sind. Natürlich, Frau Bundeskanzlerin, können Sie das nicht allein. Das erwartet auch niemand. Aber was bereiden Sie eigentlich auf den G-7-, G-8- oder G-20-Gipfeln? Warum drängen Sie nicht darauf, wirksam gegen Krieg, Hunger, Not, Elend, Armut und Rassismus vorzugehen?
Gregor Gysi im Deutschen Bundestag



